



Stellungnahme der Bundesärztekammer

zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des
Personengesellschaftsrechts (MoPeG)

(BT-Drucksache 19/27635 vom 17.03.2021)

Berlin, 19.04.2021

Korrespondenzadresse:

Bundesärztekammer
Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Stellungnahme.....	1
Inhaltsverzeichnis.....	2
1. Grundlegende Bewertung des Gesetzesentwurfs.....	3
2. Stellungnahme im Einzelnen.....	3
2.1 Verzicht auf das Schriftformerfordernis für den Partnerschaftsgesellschafts - vertrag.....	3
2.2 Verpflichtung zur Benennung mindestens eines Partners entfällt	4
2.3 Anmeldung zum Gesellschaftsregister.....	4

1. Grundlegende Bewertung des Gesetzesentwurfs

Mit der Modernisierung des Personengesellschaftsrechts wird die Öffnung der Personengesellschaften für die Angehörigen Freier Berufe unter einen allgemeinen berufsrechtlichen Vorbehalt gestellt. Durch diese Einschränkung soll sichergestellt werden, dass die spezifischen Schutzbelange im Zusammenhang mit der Ausübung der einzelnen Freien Berufe von dem für das Berufsausübungsrecht der Heilberufe zuständigen Landesgesetzgeber verfolgt werden können. Nach § 107 Abs. 1 S. 2 HGB-E, auch in Verbindung mit § 161 Abs. 1 S. 2 HGB, muss das anwendbare Berufsrecht die Eintragung als offene Handelsgesellschaft zulassen.

Die Bundesärztekammer unterstützt diese Änderung, bittet aber darum, in der Gesetzesbegründung klarer zum Ausdruck zu bringen, dass das Berufsrecht auch Schriftformanfordernisse (u. a.) für Partnerschaftsgesellschaften vorsehen und an der Verpflichtung zur Benennung mindestens eines Partners festhalten kann.

Außerdem sollte für die Anmeldung zum Gesellschaftsregister eine § 4 Partnerschaftsregisterverordnung entsprechende Regelung geschaffen werden, die vorsieht, dass das Gericht in Zweifelsfällen eine Stellungnahme der Berufskammer anfordern kann.

2. Stellungnahme im Einzelnen

2.1 Verzicht auf das Schriftformerfordernis für den Partnerschaftsgesellschaftsvertrag

Aufhebung des § 3 PartGG

A) Beabsichtigte Neuregelung

Der Gesetzesentwurf soll in Artikel 65 auch das Recht der Partnerschaftsgesellschaften reformieren. Vorgesehen sind u. a. eine Liberalisierung des Namensrechts und der Verzicht auf das Schriftformerfordernis für den Partnerschaftsgesellschaftsvertrag.

B) Stellungnahme der Bundesärztekammer

Die Bundesärztekammer kann die im Gesetzesentwurf aufgeführten Gründe für den Verzicht auf die Schriftform nachvollziehen, weist aber darauf hin, dass sich Schriftformerfordernisse auch aus öffentlich-rechtlichen Normen oder der Rechtsprechung ergeben können. So erfolgt im Vertragsarztrecht die Entscheidung über die Genehmigung einer Berufsausübungsgemeinschaft auf der Grundlage eines schriftlich fixierten Gesellschaftsvertrages, welcher dem darüber entscheidenden Zulassungsausschuss vollständig vorgelegt werden muss (BSG BeckRS 2003, 41870 = MedR 2004, 118 (121)); ebenso § 10 Abs. 2 S. 2 Bundesmantelvertrag Zahnärzte). Entsprechende Regelungen finden sich in der Musterberufsordnung für die in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzte bereits für andere Gesellschaftsformen und würden bei Aufhebung des § 3 PartGG erweitert werden.

C) Änderungsvorschlag der Bundesärztekammer

Aus Sicht der Bundesärztekammer sollte daher in der Gesetzesbegründung (Gesetzesentwurf S. 275) klarer zum Ausdruck gebracht werden, dass das Berufsrecht, dem es obliegen soll, „zielgenaue Vorsorge“ für eine effektive Berufsaufsicht zu schaffen, auch Schriftformanfordernisse (u. a.) für Partnerschaftsgesellschaften vorsehen kann. Dass die Prüfung eines

vorzulegenden Gesellschaftsvertrages ein sachgerechter und verhältnismäßiger Bestandteil eines Kontrollmechanismus sein kann, hat der BGH in seinem Urteil v. 15.5.2014 – I ZR 137/12 Rn. 23 bestätigt.

2.2 Verpflichtung zur Benennung mindestens eines Partners entfällt

Änderung des § 2 PartGG

A) Beabsichtigte Neuregelung

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Vorgaben für den Namen einer Partnerschaftsgesellschaft zu reduzieren. Vorgegeben wird nur noch ein die Rechtsform kennzeichnender Namensbestandteil; der Name (mindestens) eines Partners soll nicht mehr aufgenommen werden müssen.

B) Stellungnahme der Bundesärztekammer

Das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz ist als Rechtsform allen Angehörigen Freier Berufe zugänglich. Von daher ist es nachvollziehbar, dass das Gesetz sehr reduzierte gesellschaftsrechtliche Rahmenvorgaben macht. Der Vielgestaltigkeit der erfassten Berufe und dem Umstand, dass einige dieser Berufe verkammert sind, trägt das Gesetz in §§ 1 Abs. 3, 6 Abs. 1 PartGG durch Berufsvorbehalte Rechnung.

Die Bundesärztekammer setzt sich dafür ein, dass im Zuge der gesellschaftsrechtlichen Liberalisierung des Namensrechts auch in diesem Bereich einen Berufsvorbehalt aufzunehmen. Denn die Begründung zum Gesetzentwurf betont auf S. 274 zu Recht, dass die grundsätzlich zu schützende Vertrauensbeziehung zwischen Freiberufler und Auftraggeber es jedenfalls aus gesellschaftsrechtlicher Sicht nicht erfordert, dass der Name der Partnerschaftsgesellschaft den Namen mindestens eines Partners enthalten muss. Daraus folgt, dass es jedenfalls für das einzelne Berufsrecht möglich sein muss, hieran festzuhalten.

Bei Zweifelsfällen kann der Berufskammer dazu dann – wie bereits jetzt nach § 4 S. 1 Partnerschaftsregisterverordnung – Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

C) Änderungsvorschlag der Bundesärztekammer

Die Bundesärztekammer unterbreitet folgenden Regelungsvorschlag für einen § 2 Abs. 1 S. 2 PartGG:

„In Vorschriften über einzelne Berufe können weitere Namensbestandteile vorgegeben oder ausgeschlossen werden.“

oder

„§ 1 Abs. 3 gilt entsprechend.“

2.3 Anmeldung zum Gesellschaftsregister

Einführung einer ergänzenden Regelung in die Gesellschafts-/Unternehmensregisterverordnung

A) Beabsichtigte Neuregelung

Der Gesetzentwurf sieht in § 707 BGB die Einführung eines Gesellschaftsregisters vor.

B) Stellungnahme der Bundesärztekammer

Mit der Einführung eines Gesellschaftsregisters können sich parallele Probleme wie beim Partnerschaftsregister ergeben. Es ist daher auch hier erforderlich, dass das Gericht in Zweifelsfällen eine Stellungnahme der Berufskammer anfordern kann. Daher sollte eine § 4 Partnerschaftsregisterverordnung entsprechende Regelung geschaffen werden.

C) Änderungsvorschlag der Bundesärztekammer

In die Gesellschafts-/Unternehmensregisterverordnung sollte an geeigneter Stelle folgende Bestimmung eingefügt werden:

§ # Stellungnahme der Berufskammer

„Bestehen für in der Gesellschaft bürgerlichen Rechts ausgeübte Berufe Berufskammern, so soll das Gericht diesen in zweifelhaften Fällen vor Eintragung Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die Anmeldenden sollen dem Gericht mit der Anmeldung mitteilen, ob und welche Berufskammern für die in der Gesellschaft ausgeübten Berufe bestehen. Dabei sollen auch die Anschriften der Berufskammern mitgeteilt werden. Weicht das Gericht von einer Stellungnahme ab, so hat es seine Entscheidung der Berufskammer, die die Stellungnahme abgegeben hat, unter Angabe der Gründe mitzuteilen.“